

Schweiz

«Es geht dabei auch um den guten Ruf der Schweiz»

Ex-Botschafter Thomas Borer steht inmitten einer erbitterten Fehde zwischen einem kasachischen Ex-Minister im Genfer Exil und dem Staat Kasachstan.

Vincenzo Capodici

Wiktor Chrapunow und Nursultan Nasarbajew waren lange Zeit politische Weggefährten, ganz oben in der kasachischen Machtelite. Seit ein paar Jahren sind sie sich aber spinnefeind. Nasarbajew ist seit bald 25 Jahren Staatspräsident von Kasachstan, das er als Autokrat mit eiserner Hand führt. Chrapunow war Minister für die Strom- und Kohleindustrie, Bürgermeister von Almaty, der grössten Stadt Kasachstans, und Gouverneur von Ostkasachstan - ehe er sich 2007 in die Schweiz absetzte. Der 66-jährige Chrapunow, seit 2012 auf der Fahndungsliste von Interpol, lebt in Genf. Er hat ein Asylgesuch gestellt und inszeniert sich als politisch Verfolgter.

Kasachstan wirft Chrapunow schwere Delikte vor: organisierte Kriminalität, Geldwäscherei, Betrug, Veruntreuung, Amtsmissbrauch und Bestechung. Nach einem Rechtshilfesuch aus Kasachs-



Thomas Borer
Ex-Botschafter

tan führt die Genfer Staatsanwaltschaft seit über zwei Jahren ein Strafverfahren gegen Chrapunow und seine Frau Leila.

In der Fehde mit dem Ex-Minister im Genfer Exil setzen die kasachischen Behörden auf den Lobbyisten und früheren Schweizer Botschafter Thomas Borer. Die «Neue Zürcher Zeitung» hat nun in Details geschildert, wie Borer versucht, Schweizer Justizbehörden, Politiker und Medien im Sinne Kasachstans zu beeinflussen. Dabei stützt sich die NZZ auf einen «umfangreichen Datensatz», der kürzlich auf einer kasachischen Website veröffentlicht worden sein soll. In den Zehntausenden E-Mails gehe es zwar grösstenteils um innerkasachische Angelegenheiten, es fänden sich aber auch Dutzende Nachrichten, die Borer's Lobbying in der Schweiz betreffen. Die Webseite ist zwar noch online, die E-Mail-Korrespondenz ist jedoch verschwunden.

Der frühere Schweizer Botschafter zeigt sich «erstaunt» über den Bericht der NZZ, «die auf plumpe Propaganda hereingefallen ist». Borer kritisiert, dass ganz normale Lobbyarbeit, wie sie in der Schweiz jeden Tag stattfindet, als hoch bedenklich hingestellt werde. «Wenn man meine Rolle als Lobbyist hinterfragt, müsste man auch die Rolle des Genfers FDP-Nationalrat Christian Lüscher hinterfragen, der als Lobbyist von Chrapunow sogar im Nationalrat sitzt», sagt Borer.

Seine anwaltschaftliche Tätigkeit für Kasachstan sei ohnehin nur ein Nebenschauplatz im Fall Chrapunow. Entscheidend sei, dass «die Familie Chrapunow ihr Vermögen wahrscheinlich auf unrechtmässige Weise erworben hat». Laut Borer steht eine Frage im Vorder-

grund: «Wie ist es möglich, dass ein Bürgermeister innert kürzester Zeit zu grossem Reichtum kommt?» Das Wirtschaftsmagazin «Bilanz» schätzte einst das Vermögen der Familie Chrapunow auf 300 bis 400 Millionen Franken. Dies sei völlig übertrieben, sagte Chrapunow vor zwei Jahren in einem Interview mit dem TA, ohne aber einen Betrag zu nennen.

Nach Ansicht der kasachischen Behörden ist der Reichtum der Chrapunows das Ergebnis verbrecherischer Aktivitäten. Chrapunow steht im Verdacht, zwischen 1997 und 2004 sein Amt als Bürgermeister der Stadt Almaty missbraucht zu haben, sodass sich seine heute 56-jährige Gattin Leila bereichern konnte. Gemäss einem kasachischen Rechtshilfesuch aus dem Jahr 2012 soll sich das Ehepaar Chrapunow über 70 Grundstücke und Gebäude unrechtmässig angeeignet und mit dem Verkauf dieser Immobilien einen Profit von über 250 Millionen Dollar erzielt haben. Die Familie Chrapunow sieht sich als Opfer eines Rachefeldzugs des Nasarbajew-Clans.

Nach Ansicht von Borer ist sein Einsatz für einen autoritären Staat wie Kasachstan aus ethischer Sicht nicht verwerflich, auch nicht in seiner Stellung als früherer Botschafter der Schweiz. Es sei falsch, den rechtmässigen Aktivitäten der kasachischen Justiz jegliche Legitimität abzuspochen. Zudem dürfe nicht vergessen werden, dass das Vermögen der Familie Chrapunow auf Kosten des kasachischen Volkes erworben worden sei. Kasachstan befinde sich auf gutem Weg zu einem modernen Staat. «Es geht aber nicht nur um die Interessen von Kasachstan, sondern auch um den Ruf der Schweiz», sagt Borer. Die Schweiz dürfe nicht länger ein Hort für Kriminelle aus aller Welt sein.

30 000 Dollar im Monat?

Borer, der gemäss NZZ Monatshonorare von 30 000 Dollar erhält, soll den kasachischen Behörden unter anderem Insiderinformationen aus der Schweizer Bundesanwaltschaft in Aussicht gestellt haben. In seiner anwaltschaftlichen Tätigkeit habe er zwar mit den Justizbehörden zu tun gehabt, sagt Borer, weil er den kasachischen Behörden bei ihren Rechtshilfeersuchen behilflich gewesen sei. Seine Kontakte mit den Behörden hätten sich aber immer im normalen und legalen Rahmen bewegt.

Kasachstan und Chrapunow liefern sich seit nunmehr fünf Jahren einen kostspieligen Streit, in dem sich zahlreiche Anwälte von renommierten Kanzleien sowie verschiedene Berater und Spin-Doktoren bekämpfen. Gelegentlich kommen auch unzimperliche und illegale Methoden zum Einsatz, wenn die Aussagen von Beteiligten stimmen. Gemäss eigenen Angaben fühlt sich die Familie Chrapunow durch den kasachischen Geheimdienst bedroht und verfolgt.

Bei der Bundesanwaltschaft ist ein Strafverfahren wegen ausländischer Computerspionage hängig. Der Grund dafür waren Strafanzeigen von Chrapunow sowie von einem seiner Anwälte und seinem Kommunikationsberater Marc Comina. «Ich bin gehackt worden», sagt der frühere Bundeshausjournalist, der sich seit ein paar Jahren um die Öffentlichkeitsarbeit von Chrapunow kümmert.



Artikel Wenn das Diskrete öffentlich wird

borer.tagesanzeiger.ch

Nachrichten

Solothurn Gegner des Lehrplans 21 werden aktiv

Die Einführung des Deutschschweizer Lehrplans 21 stösst auch im Kanton Solothurn auf Ablehnung. Das Komitee «Ja zu einer guten Volksschule - ohne Lehrplan 21!» lanciert eine Volksinitiative. Zum Komitee gehören Kantonsräte von EVP, CVP, SVP und Grünliberalen. (SDA)

Atomenergie Kraftwerke müssen Schutz verbessern

Die Schweizer Atomkraftwerke müssen ihren Schutz vor Wasserstoffexplosionen weiter ausbauen. Dies fordert das

eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat nach einer Analyse der bestehenden Massnahmen. Die Auflagen sind je nach Kraftwerk verschieden. (SDA)

Terrorismus Zusätzliche Stellen beim Nachrichtendienst

Zwei Wochen nach dem Anschlag auf «Charlie Hebdo» verstärkt der Bundesrat die präventive Terrorismusbekämpfung. Er schafft sechs zusätzliche Stellen beim Nachrichtendienst. Finanzielle Unterstützung erhalten auch die Staatsschutzstellen der Kantone. Die Bedrohung der Schweiz bleibe unverändert erhöht, heisst es in einer Mitteilung des Justizdepartements. (SDA)

Arbeitsmarkt Schweiz

Bundesrat: «Ruhe bewahren»

Der Bundesrat will weiterhin nichts wissen von einer Konjunkturspritze. Die SP wirft ihm Hilflosigkeit vor.

Markus Brotschi
Bern

Auch eine Woche nach der Freigabe des Frankenkurses gegenüber dem Euro sieht der Bundesrat keinen Anlass für konkrete Massnahmen. Ein Konjunkturprogramm kommt für Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann erst infrage, «wenn sich die Schweiz einer schweren Rezession nähert», sagte er gestern nach der Bundesratssitzung. «Dies ist zurzeit aber überhaupt nicht der Fall.» Eine Aussprache des Bundesrates mit SNB-Präsident Thomas Jordan habe zudem keine neuen Erkenntnisse zum Entscheid der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zutage gefördert. Klar ist für den Wirtschaftsminister nur: Die Situation ist sehr anspruchsvoll und niemand weiss, auf welchem Niveau sich der Franken zum Euro einpendeln wird.

Wie bereits in den Vortagen bezichtigte die SP den Bundesrat der Untätigkeit. Nach wie vor wisse der Bundesrat nicht, wie er nach dem «falschen SNB-Entscheid» die Wirtschaft und die Arbeitnehmer vor Schaden bewahren wolle. Stattdessen ziehe er verstaubte Deregulierungskonzepte aus der Schublade. Die SP zielt auf den Wachstumsbericht, den der Bundesrat gestern verabschiedete. Dieser Bericht wurde noch vor der Aufhebung der Kursuntergrenze erstellt und von SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer bestellt. Der Bericht definiert wirtschaftspolitische Leitlinien für die nächsten Jahre.

Linke fordert neue Untergrenze

Allerdings fordert selbst die SP zurzeit kein Konjunkturprogramm. Die einzig wirksame Massnahme für die Wirtschaft sei die Wiedereinführung einer Untergrenze für den Euro-Franken-Kurs, sagt Leutenegger Oberholzer. Die SP sieht die verkraftbare Untergrenze bei 1.15 Franken. Auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund sieht die SNB gefordert, da nur sie derart gravierende Wechselkursprobleme lösen könne.

Die Wirtschaft ihrerseits verlangt eine Entlastung von administrativen Kosten, die durch staatliche Vorschriften entstehen. Der Schweizerische Gewerbeverband fordert den Bundesrat zur sofortigen Senkung der Regulierungskosten auf. Der Bundesrat selbst verweise in seinem Wachstumsbericht auf das längst bekannte Sparpotenzial hin, das im Abbau staatlicher Regulierungen liege. Eine radikale Senkung der Regulierungskosten sei das beste Mittel, um das Wachstum voranzutreiben.

Mit einem originellen Konjunkturprogramm wartet der frühere UBS-Chef Oswald Grübel auf. Der Staat solle die einmalige Chance nutzen, dass er zurzeit zinsfrei Schulden machen könne, sagte er dem Internetportal «Watson». Das Geld sei für nachhaltige Investitionen einzusetzen, «für alles, von Tunnels bis zu erschwinglichen Wohnungen».

Hypothekenlast als Risiko

Schneider-Ammann gemahnt dagegen, «Ruhe zu bewahren». Im Wachstumsbericht bescheinigt der Bundesrat der Schweizer Wirtschaft hohe Widerstandskraft. Dies sei auf den flexiblen Arbeitsmarkt und die geringe Staatsverschuldung zurückzuführen. Als Schwachpunkt macht der Bericht die hohe Verschuldung der Privathaushalte aus, was vor allem auf Hypotheken zurückzuführen sei. Hier will der Bundesrat prüfen, ob die steuerlichen Anreize - die Steuerabzüge für Hypothekenzinsen - korrigiert werden sollen. Schliesslich will der Bundesrat ein qualitatives Wirtschaftswachstum, da in den letzten Jahren vermehrt Wachstumskritik aufgekommen sei. Als weiteres Ziel formuliert er die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Zwar weise die Schweiz pro Kopf ein hohes Wirtschaftswachstum auf, die Zunahme der Arbeitsproduktivität hinke aber hinterher.



Speziell Frauen sollen besser in den Arbeitsmarkt eingebunden werden: Mitarbeiterin einer

Patrons ziehen

Arbeitgeberverband und Economiesuisse wollen ältere Mitarbeiter populär machen. Nun gehen sie

Andreas Valda und Michael Soukup
Bern

Fast ein Jahr nach der schicksalhaften Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative präsentierten gestern Spitzenverbände der Wirtschaft ihren Plan, um das Inländerpotenzial besser zu nutzen. Damit wollen Economiesuisse und Arbeitgeberverband den Bedarf an qualifizierten ausländischen Arbeitskräften reduzieren, um so zur Umsetzung der SVP-Initiative beizutragen. Das neue, auf Jahre ausgelegte Programm nennt sich «Zukunft Arbeitsmarkt Schweiz» und soll insbesondere Ältere, Frauen, Jugendliche und Personen mit Behinderungen besser in den Arbeitsmarkt einbinden. Der Arbeitgeberverband will nun im Rahmen seiner Initiative «Arbeitsmarkt 45 plus» vorwärtsmachen: Kaderleute sollen sensibilisiert sowie ältere Mitarbeiter mit einer frühzeitigen Entwicklungsplanung angegangen werden - und mit guten Vorsorgelösungen gilt es sicherzustellen, dass es nicht zu Renteneinbussen kommt. «Aber auch die Arbeitnehmenden sind gefragt und müssen ihren Beitrag leisten», sagte Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt. Es brauche beispielsweise die Bereitschaft, im Alter eine andere Tätigkeit und damit eventuell auch eine Lohnneinbusse in Kauf zu nehmen.

Der Wirtschaft ist es ernst. Man wolle sicherstellen, «dass dieses Konzept kein Papiertiger» bleibe, sagte Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl. Zum Start wurden gestern mit Novartis, der Migros und den SBB beispielhaft drei Unternehmen und ihre Ansätze im Blick auf ältere Arbeitnehmer präsentiert. «Die Modelle sollen Nachahmer finden», so Rühl. Damit das Programm die nötige Breitenwirkung entfalte, werde man in die Regionen gehen, die Arbeitgebervertreter vor Ort einbinden und gleichzeitig gute Beispiele sammeln, Erfahrungen austauschen und Lösungen aufzeigen.

«Die Anlässe werden nicht punktuell und zufällig, sondern systematisch stattfinden.» Eine Erfolgsmessung wurde angekündigt, aber noch nicht vorgestellt. Im Herbst wollen die Verbände eine erste Bilanz ziehen und den nächsten thematischen Schwerpunkt lancieren: die Erwerbsquote der Frauen erhöhen.

Vier Standardvarianten der SBB

Wie sehen die Arbeitsmodelle der SBB aus, die Frauen und ältere Mitarbeiter anziehen sollen? Die SBB haben vier Standardvarianten geschaffen. Sie adressieren unterschiedliche Wünsche der Lohnbezüger und des Arbeitgebers: ● **Fitte, motivierte über 65-Jährige:** Angestellte, zum Beispiel Projektleiter, können ab 60 kürzertreten. Dafür können sie Teilzeit oder projektbezogen bis 67 Jahren angestellt bleiben. Je nach Arbeit bedeutet dies eine Lohnneinbusse, nicht aber eine Rentenminderung. Dem Arbeitgeber bleibt Know-how erhalten.

● **Ausgelaugte ab 58-Jährige:** Angestellte, zum Beispiel Lokführer, die hohen psychischen Belastungen ausgesetzt sind, können ab 60 Jahren eine Überbrückungsrente beanspruchen. 80 Prozent der Rente zahlt der Arbeitgeber. Dies ist eine Konzession der SBB an die Gewerkschaften. «Wir hoffen aber, dass sich diese Arbeitnehmer entschliessen, im Teilzeitpensum bei den SBB weiterzuarbeiten», sagt Personalchef Markus Jordi. ● **Hart arbeitende Niedrigverdiener:** 5500 Arbeitnehmer, etwa der Reinigung, des Gleisbaus und Rangierbetriebs, geniessen eine besondere Regelung. Sie zahlen 1 Prozent mehr Lohnbeitrag, der Arbeitgeber 2,5 Prozent. Dieses Geld fliesst in eine Stiftung. Ab 60 Jahren können sie ohne Einbusse schrittweise oder ganz in Pension gehen. Die SBB haben diesen Fonds einmalig mit 26 Millionen finanziert. Das Modell ist dem Baugewerbe abgeschaut, das mit der Stiftung Far die volle Rente ab 60 ermöglicht. Das Inter-